

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

OLIVER MORWINSKY

LUCAS SCHRAMM

Juli 2018

www.kas.de/bruessel

www.kas.de/bruessel

Beständigkeit in Zeiten des politischen Wandels

15. Deutsch-Niederländisch-Belgisches Treffen zu europäischen Fragen am 29. und 30. Juni 2018 in Valkenburg

Die Europäische Union (EU) und zahlreiche ihrer Mitgliedsstaaten sehen sich einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, die kluge und nachhaltige Lösungen und in den meisten Fällen eine europäische Antwort erfordern. Vor allem das Thema Migration dominiert aktuell die politischen Debatten und birgt das Potential, Europa zu spalten und dem europäischen Integrationsprozess nachhaltigen Schaden zuzufügen. In Zeiten des politischen Wandels und der größer werdenden Komplexität politischer Fragen ist es wichtig, gerade grenzüberschreitend auf bewährte Formate zurückzugreifen und den vertrauensvollen Austausch von Gedanken und Ideen zu pflegen.

Vor diesem Hintergrund lud das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. und 30. Juni 2018 zum mittlerweile 15. Deutsch-Niederländisch-Belgischen Treffen zu europäischen Fragen nach St. Gerlach in die Nähe von Maastricht ein. Neben einigen Ministern konnten zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlamentes (EP), der nationalen und regionalen Parlamente, Senatoren, Bürgermeister sowie Mitarbeiter von Abgeordneten und Fraktionen begrüßt werden. In insgesamt vier Arbeitssitzungen beschäftigten sich die Teilnehmer mit der aktuellen politischen Lage in den drei Ländern, den Prioritäten der Europäischen Volkspartei (EVP) für die Europawahl 2019, den neuen Dynamiken in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der BeNeLux-Region, sowie neuen Herausforderungen der Christdemokratie in Europa. Nach dem ‚Superwahljahr‘ 2017 mit Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland stünden 2018 zahlreiche Herausforderungen auf der europäischen Agenda, erklärte

Dr. Hardy Ostry, Leiter des KAS-Europabüros, in seiner Eröffnungsrede. Exemplarisch nannte er die Themen Migration, Sicherheit und Verteidigung sowie Reform der Eurozone. Die Europawahl im kommenden Jahr sei möglicherweise eine „Schicksalswahl“, in der die Bürger Europas auch darüber abstimmen, inwiefern die EU Antworten gefunden habe auf die skizzierten Herausforderungen. Dr. Ostry zeigte sich überzeugt, dass gerade Christdemokraten über das notwendige politische Rüstzeug verfügten, um Nationalismus und Populismus glaubhafte und nachhaltige Alternativen entgegenzusetzen.

Die aktuelle politische Lage in Deutschland, den Niederlanden und in Belgien

In Anbetracht jüngster und bevorstehender Wahlen sowie der zurzeit oft schwierigen Situation in Koalitionsregierungen kommt der politischen Lage in den einzelnen Ländern eine besondere Bedeutung zu. **Ruth Peetoom**, Parteivorsitzende des niederländischen Christen Democratisch Appèl (CDA), gab einen Rückblick auf die relativ langanhaltenden Koalitionsverhandlungen nach den Nationalwahlen im vergangenen März. In einem fragmentierten, multipolaren Parteiensystem ist es gerade für eine Partei der politischen Mitte wie dem CDA schwierig, sich von den politischen Mitbewerbern abzugrenzen und das eigene Profil zu schärfen. Die Regierungsparteien in den Niederlanden sehen sich allgemein der Herausforderung gegenüber, dass viele Menschen zwar mit ihrer persönlichen, vor allem wirtschaftlichen Situation zufrieden sind, gleichzeitig aber der Regierung ein relativ geringes Maß an Vertrauen entgegenbringen. Ruth Peetoom erklärte, dass der klassische sozio-ökonomische Links-Rechts-Gegensatz

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juli 2018

www.kas.de/bruessel

im Parteienspektrum zunehmend von Fragen der Globalisierung und Europäisierung verdrängt werde.

Auch der Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V) aus Belgien befindet sich in einer Vielparteienregierung auf nationaler Ebene. Wie ihr Parteivorsitzender **Dr. Wouter Beke** erläuterte, führen aktuell kommunistische und grüne Parteien in der Wallonie sowie Rechtspopulisten in Flandern die Meinungsumfragen an. Für die demokratischen Parteien der politischen Mitte stellt sich daher zunehmend die Frage, wie regierungsfähige, stabile Mehrheiten geschmiedet werden können. Wouter Beke plädierte dafür, den Bürgern glaubhafte Angebote aus der politischen Mitte zu unterbreiten: eine Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich; eine durchaus strenge, aber humane Asyl- und Migrationspolitik; und ein Europa, das seine Bürger schützt, ohne dem Protektionismus zu verfallen.

Auch **Jens Spahn**, deutscher Gesundheitsminister und Mitglied des CDU-Bundesvorstands, verwies auf den latenten Widerspruch zwischen der sehr guten individuellen Situation vieler Bürger auf der einen und einer pessimistischen Grundstimmung der Bevölkerung auf der anderen Seite. Zudem seien Politik und Land aktuell ungewohnt politisiert und polarisiert, wie die schwierigen Koalitionsverhandlungen, der aktuelle Koalitionsstreit und der Vertrauensverlust in Staat und Parteien zeigen. Wichtig für die Politik allgemein und für die CDU im Besonderen sei es nun, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und den Menschen wieder das Gefühl zu geben, dass der Staat handeln und schützen kann. Dafür sei es nötig, auch schwierige und politisch sensible Themen zu diskutieren, etwa die Frage, wie mit Asylbewerbern an den nationalen Grenzen zu verfahren ist und welche Auswirkungen die Migration auf die europäischen Wohlfahrtssysteme haben wird. Gleichzeitig müssten auch andere Themen – etwa Digitalisierung, Infrastruktur und Fachkräftemangel – die notwendige politische Aufmerksamkeit erhalten.

Europawahlen 2019 – Prioritäten der EVP für den Europawahlkampf

Die zweite Arbeitssitzung beschäftigte sich mit der Europawahl im kommenden Jahr und den Prioritäten der EVP für den anstehenden Wahlkampf. In den vergangenen Monaten hat die EVP wiederholt deutlich gemacht, dass sie am Modell der ‚Spitzenkandidaten‘ für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission festhalten wird, da dieses unter anderem zu einer europäischen Öffentlichkeit beiträgt und einen tatsächlichen Fokus des Wahlkampfes auf Europa-Themen ermöglicht. Die Bewerbungsphase für den EVP-Spitzenkandidaten wird sich von Anfang September bis Mitte Oktober 2018 erstrecken, ehe dann auf dem EVP-Kongress am 7. und 8. November 2018 der Spitzenkandidat bestimmt wird.

Esther de Lange, Europaabgeordnete des CDA, begrüßte, dass die EVP einen eigenen Kampagnen-Koordinator bestimmt hat, der nun einen echten transnationalen Wahlkampf vorbereitet. Zuvor sei es jedoch wichtig, dass Mitgliedsparteien und Mitglieder Gehör fänden und ihre Anliegen in die EVP-Programmatik einbringen könnten. Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass Europa- und nationale oder gar regionale Wahlen zunehmend miteinander verbunden seien: Das gesamteuropäische Thema Migration etwa bestimmt nationale Wahlkämpfe ebenso wie die wirtschaftliche Situation eines Landes starken Einfluss auf die Ergebnisse der Europawahl in diesem Land hat. Esther de Lange skizzierte ein Szenario, in dem politische Kräfte am rechten und linken Rand gestärkt aus der Europawahl hervorgehen: Dann bestünde die Gefahr, dass das EP nur noch in Pro- und Anti-Europäer aufgeteilt werden kann und eine stabile Mehrheit in der politischen Mitte erschwert wird. Für die europäische Demokratie aber ist es wichtig, dass politische Alternativen auch in wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Fragen bestehen.

Mit Blick auf eine mögliche stärkere Fragmentierung des europäischen Parteiensystems und einem Erstarken populistischer und extremistischer Kräfte plädierte **Ivo Belet**, Europaabgeordneter der CD&V, an die Geschlossenheit der EVP als politische Partei und Gruppe im EP. Die EVP müsse eine interne Diskussion über ihre Werte und politische Prioritäten führen und die Fragen beantworten, wo sie sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juli 2018

www.kas.de/bruessel

selbst im europäischen Parteiensystem sieht und welche Zukunft sie für die EU anstrebt. Nach diesem Reflexionsprozess aber sei es wichtig, gemeinsame Positionen einzunehmen und geschlossen für diese zu werben. Gerade als größte Gruppe im EP und als die Parteienfamilie mit den meisten EU-Kommissaren habe die EVP die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung, die drängenden europäischen Themen (Migration, Sicherheit, Handel) zu adressieren. Dem Gefühl vieler Menschen, Staat und Politik litten unter einem Kontrollverlust, müsse entgegengewirkt werden.

In der sich anschließenden Diskussion merkten viele Teilnehmer selbstkritisch Defizite in der Kommunikation und Außendarstellung christdemokratischer und konservativer Politik an: Erstens müsse deutlicher gemacht werden, dass Populisten meist nicht an konstruktiven Lösungen interessiert seien. Zweitens könne man durchaus von Populisten lernen, die ihre Botschaften oft prägnant und über mehrere Kommunikationskanäle gleichzeitig formulierten. Und drittens müsse man selbstbewusster auftreten, auf die eigenen Erfolge hinweisen und nicht den Populisten das dominierende Narrativ überlassen. Wichtig sei, sich nicht ausschließlich negativ von Mitbewerbern abzugrenzen, sondern auch positive Botschaften zu formulieren.

Den Abschluss des ersten Arbeitstages bildeten mehrere Impulsvorträge. Den Auftakt machte **Peter Altmaier**, deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Er plädierte für eine einheitliche europäische Linie sowohl in Migrations- als auch in Handelsfragen. Nur so könne sich Europa auf internationaler Bühne Gehör verschaffen und die internationale Politik wirksam mitgestalten: „Europa ist mehr als die Summe seiner Mitgliedsstaaten. Doch nur als Einheit kann es sein volles Gewicht entfalten.“ Mit Blick auf die Digitalisierung plädierte Peter Altmaier für eine europäische industriepolitische Strategie, die es erlaubt, die Forschung voranzutreiben und die besten Forscher der Welt in Europa zu engagieren. **Marianne Thyssen**, EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, wies auf die Chancen und Risiken der Globalisierung hin: Zwar stelle diese in den Augen vieler Bürger eine Bedrohung für deren Arbeitsplatz dar, doch schaffe die Globalisierung gleichzeitig auch neue Arbeitsplätze. Wichtig gerade aus

christdemokratischer Sicht sei es, die Marktwirtschaft sozialverträglich zu gestalten und für ein faires, inklusives Europa einzutreten. Schließlich wies der niederländische Finanzminister **Wopke Hoekstra** auf die historisch engen Verbindungen und die gemeinsamen Interessen der BeNeLux-Staaten und Deutschlands hin: Als Gründungsstaaten der europäischen Gemeinschaft haben diese den Integrationsprozess maßgeblich gestaltet. Nun gelte es, dass diese „natürlichen Verbündeten“ gemeinsame Antworten auf die drängendsten Probleme fänden.

Neue Dynamiken in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der BeNeLux-Region

Zum Auftakt des zweiten Tages wurde die Bedeutung von lokaler Identität und Zusammenhalt in Zeiten der Globalisierung betont. **Raf Terwingen**, Abgeordneter des föderalen Parlaments Belgiens und Bürgermeister von Maasmechelen, gab praktische Einblicke in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen Banden- und Drogenkriminalität im Dreiländereck Belgien-Niederlande-Deutschland. Von besonderer Bedeutung seien der schnelle Informationsaustausch und bi- oder trilaterale Vereinbarungen, die effiziente Maßnahmen von Polizei und Sicherheitsbehörden im grenznahen Raum ermöglichten.

Peter Altmaier betonte, dass im Jahr 2018 ein ganz anderes Verständnis von grenzüberschreitender Zusammenarbeit herrsche als noch vor einigen Jahren. Lange Zeit hätten die Ländergrenzen aufgrund von Sprachbarrieren, unterschiedlichen Abschlüssen und Unternehmensbestimmungen Wirtschaftswachstum in der Großregion verhindert; pragmatische Lösungen aber – nicht selten auf der Grundlage persönlicher Kontakte der Politiker – hätten viele Hindernisse überwunden. Dabei können Vereinbarungen zwischen anfangs nur einigen Ländern Schule machen für Gesamteuropa, wie etwa der Vertrag von Prüm zur Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität aus dem Jahr 2005 zeigt.

Viele Fortschritte, insbesondere beim Informationsaustausch und bei der polizeilichen Zusammenarbeit sah auch **Jeroen Lenaers**, Europaabgeordneter des CDA. Ihm zufolge bieten die kulturellen Unterschiede zwischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
LUCAS SCHRAMM

Juli 2018

www.kas.de/bruessel

und innerhalb der Länder der Grenzregion die Chance, voneinander zu lernen. Als konkrete mittelfristige Maßnahmen schlug er gemeinsame Untersuchungseinheiten mit permanenten Strukturen für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie eine engere Zusammenarbeit in Steuerfragen auf der Grundlage bi- oder trilateraler Abkommen vor.

Die Christdemokratie in Europa vor neuen Herausforderungen

Der zweitägige Workshop schloss mit einer Sitzung zu den Herausforderungen, denen sich die Christdemokratie in Europa zurzeit gegenübersteht. In erster Linie zu nennen sind hier populistische Bewegungen. Zwar ist der Populismus kein neuartiges Phänomen, doch zeigen Studien, dass sich der Stimmanteil populistischer Parteien und Kandidaten in Nord- und Westeuropa seit den 1970er Jahren in etwa verdoppelt hat. In Abgrenzung identifizierten die Teilnehmer als Markkerne christdemokratischer Politik das Individuum als Ausgangs- und Fixpunkt staatlichen und politischen Handelns, die persönliche Freiheit und Verantwortung des Einzelnen, die gleichen Rechte für jedermann, die Bedeutung der Zivilgesellschaft und intermediärer Institutionen und Organisationen sowie die Bedeutung von Rechtsstaat, Solidarität und Subsidiarität.

Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, forderte: Wer das C wie ‚christlich‘ im Namen trägt, muss dies auch in inhaltliche Politik umsetzen. Nach wie vor elementar für christdemokratische Politik seien daher erstens das christliche Menschenbild und – davon abgeleitet – eine humanitäre Politik und die Bedeutung des Sozialstaates sowie, zweitens, ein freiheitliches Gesellschaftsbild, welches individuelle Freiheiten garantiert und schützt. Darüber hinaus sei christdemokratische Politik nicht auf den Nationalstaat beschränkt: Vielmehr sei sie Motor des europäischen Integrationsprozesses und vermittele gleichzeitig soziale und kulturelle Identität.

Sybrand van Haersma Buma sah die zentrale Herausforderung der Christdemokratie in Europa darin, auf die Sorgen der Bürger zu reagieren. Viele Menschen hätten das Gefühl, dass es der nachkommenden Generation weniger gut gehen werde als der jetzigen.

Die Politik läuft daher Gefahr, dass eine ganze Generationen pessimistisch in die Zukunft blickt und womöglich Zuflucht bei populistischen oder gar extremistischen Strömungen sucht. Wichtig aus EVP-Sicht ist es, Diskussionen über die eigenen Werte und die Bedeutung der Christdemokratie zu führen, aber auch den internen Zusammenhalt zu sichern. Eine starke Botschaft, die kommunikativ noch stärker ins Zentrum gerückt werden müsse, sei, dass Christdemokraten Verantwortung für sich und andere übernehmen und damit die Lebensader einer Gesellschaft seien.

Fazit und Ausblick

Gemeinsam wurden während des zweitägigen Workshops wichtige europäische und speziell grenzüberschreitende Fragen erörtert und diskutiert. Es scheint heute dringender denn je geboten, die gegenwärtigen Herausforderungen in einem breiten, multilateralen Kontext zu betrachten. Nur so ist das Erarbeiten gemeinsamer Lösungen möglich. Gerade wegen der vielfachen politischen Ungewissheiten – etwa angesichts des Brexits oder der Entscheidung des US-Präsidenten, Zölle auf europäische Produkte zu erheben – eröffnet sich für die EU und besonders für ihre drei Gründerstaaten Deutschland, Niederlande und Belgien die Möglichkeit, dem europäischen Integrationsprozess neue Impulse zu verleihen. Vor diesem Hintergrund hat auch die Europäische Kommission in den vergangenen Monaten einige Vorschläge unterbreitet, vor allem zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und zum Ausbau der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auf dem jüngsten Europäischen Rat vom 28. und 29. Juni 2018 wurden zudem wichtige politische Vereinbarungen für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik erzielt. In den kommenden Monaten wird es Aufgabe der politischen Entscheidungsträger sein, diese Vorschläge und Absichtserklärungen auszuarbeiten und ihnen zur Umsetzung zu verhelfen.